

Niederschrift

über die 14. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, öffentliche Sicherheit und Ordnung am Dienstag, dem 28.05.2013 im großen Sitzungssaal des Kreishauses I, Friedrich-Ebert-Straße 7, 48653 Coesfeld

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 17:30 Uhr

Anwesenheit:

CDU-Kreistagsfraktion

Danielczyk, Ralf
Holz, Anton
Klaus, Markus
Kummann, Norbert
Schulze Entrup, Antonius
Schulze Esking, Werner
Schulze Havixbeck, Hubert
Wäscher, Christoph *Vertreter für Herrn Martin Bontrup*
Wenning, Thomas Dr.

SPD-Kreistagsfraktion

Knuhr, Willi
Rampe, Carsten *Vertreter für Herrn Roman Alexander Gerding*
Schmitz, Paul
Vogt, Hermann-Josef

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreistagsfraktion

Ahrendt-Prinz, Charlotte
Kraneburg, Wilhelm Dr.

FDP-Kreistagsfraktion

Wohlgemuth, Christian

UWG-Kreistagsfraktion

Habersaat, Kai Dr.

Verwaltung

Scheipers, Ansgar Dr.
Altepost, Bernd Dr.
Foppe, Johannes-Gerhard Dr.
Falke, Barbara
Neimeier, Burkhard **bis TOP 1**
Flinkert, Jörg **Schriftführer**

Der Ausschussvorsitzende Dr. Thomas Wenning eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, öffentliche Sicherheit und Ordnung mit Grußworten an die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Zuhörer.

Sodann stellt der Ausschussvorsitzende fest, dass der Ausschuss

- a) ordnungsgemäß geladen und
- b) gem. § 34 KrO i. V. m. § 41 KrO beschlussfähig ist.

Es wird sodann nach folgender Tagesordnung beraten und beschlossen:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Bericht über das Betriebsjahr 2012 der kostenrechnenden Einrichtung Rettungsdienst
Vorlage: SV-8-0894
- 2 Gebührenerhebung für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung sowie der Fleischhygiene
hier: Betriebsergebnis 2012
Vorlage: SV-8-0872
- 3 Bericht über das Betriebsjahr 2012 der kostenrechnenden Einrichtung Abfallwirtschaft
Vorlage: SV-8-0893
- 4 Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung im Bereich der Abfallwirtschaft; hier:
Altmetalle und Elektroaltgeräte
Vorlage: SV-8-0871
- 5 Das Kulturlandschaftsprogramm (KULAP) des Kreises Coesfeld
Vorlage: SV-8-0900
- 6 Berichtsansforderungen zu den Themen:
- Genehmigungsverfahren Tierhaltung
- Biozidbelastung der Gewässer
- Aktivitäten zum Erhalt der Artenvielfalt
Vorlage: SV-8-0904
- 7 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates
- 8 Anfragen der Ausschussmitglieder

Nichtöffentlicher Teil

- 1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates
- 2 Anfragen der Ausschussmitglieder

Mitteilungen (TOP 7 im öffentlichen bzw. TOP 1 im nichtöffentlichen Teil) und Anfragen für den nicht öffentlichen Teil (dort TOP 2) erfolgten nicht.

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t
über die 14. Sitzung des
Ausschusses für Umwelt,
öffentliche Sicherheit und Ordnung
am 28.05.2013
TOP 1 öffentlicher Teil
SV-8-0894

Bericht über das Betriebsjahr 2012 der kostenrechnenden Einrichtung Rettungsdienst

FBL Dr. Scheipers skizziert unter Verweis auf die Sitzungsvorlage das Betriebsergebnis 2012. Die Kalkulation sei annähernd bestätigt worden. Bei der Einhaltung der Hilfsfristen habe der Kreis Coesfeld gute Werte erreicht. Für das Frühjahr 2014 stehe die Vorbereitung zur Fortschreibung des Rettungsbedarfsplanes an.

S.B. Dr. Habersaat fragt nach der Ursache für die angestiegene Zahl an Einsätzen. MA Neimeier erklärt, die Zahl der Unfälle sei zwar rückläufig, jedoch sei die Zahl der internistischen Notfälle zuletzt stark gestiegen. Die Bevölkerung werde älter und damit immer krankheitsanfälliger. Auch sei die Hemmschwelle, den Rettungsdienst zu informieren, in der Vergangenheit gesunken.

Ktabg. Schulze Esking erkundigt sich nach den Gründen für die relativ hohe Anzahl an Hilfsfristüberschreitungen in Ascheberg. Außerdem interessiert ihn, wie es trotz des heutigen Standes der Technik wiederholt zu technischen Störungen und hierdurch zu einer nicht unerheblichen Zahl an nicht auswertbaren Statusmeldungen kommen könne. FBL Dr. Scheipers schildert, die Eintreffzeiten in Ascheberg würden maßgeblich vom Zuschnitt des Gemeindegebietes beeinflusst. Gegenwärtig liefen Überlegungen zu einem neuen Rettungswachenstandort. MA Neimeier begründet einen Teil der technischen Störfälle mit Funkproblemen an den Kreisgrenzen. Die Frequenzen seien nicht aufeinander abgestimmt. Hierzu liefen Gespräche, allerdings sei es nicht möglich, direkten Einfluss auf Nachbarleitstellen zu nehmen.

Ktabg. Vogt fragt, weshalb die Einsatzzahlen im Krankentransport so deutlich unter den kalkulierten Einsatzzahlen lägen. MA Neimeier führt aus, bei der Planung habe die Annahme zugrunde gelegen, die Einsatzzahlen beim Krankentransport würden nach einem Rückgang in 2011 wieder ansteigen. Tatsächlich aber sei ein sinkender Trend zu beobachten, u.a. wohl zurückzuführen auf das zunehmende Angebot der privaten Anbieter für (unqualifizierte) Krankentransporte.

Ktabg. Schulze Entrup fragt, ob die Spezialisierung der Krankenhäuser Einfluss auf den Rettungsdienst habe. MA Neimeier führt aus, die Folge seien zum Teil längere Fahrzeiten des Rettungsmittels und resultierend hieraus eine Zunahme an Duplizitätsfällen. Es sei angedacht, die Zusammenhänge im Rahmen der Fortschreibung des Rettungsbedarfsplans zu untersuchen.

Ktabg. Schmitz sorgt sich unter Bezugnahme auf eine Presseberichterstattung um die Zusammenarbeit mit den Hilfsorganisationen. FBL Dr. Scheipers erklärt, die derzeitige politische Diskussion biete für Bedenken dieser Art keine Nahrung. Es gebe vielmehr Signale, dass auch nach der Novelle des Rettungsgesetzes eine Bevorzugung der Hilfsorganisationen vor dem Hintergrund einer Verzahnung von Rettungsdienst und Katastrophenschutz möglich sei.

Anhand des Beispiels eines Patienten, dem der gewünschte Transport in ein Münsteraner Krankenhaus verwehrt worden sei, fragt Ktabg. Wohlgemuth nach, ob Patienten prinzipiell in Krankenhäuser des Coesfelder Kreisgebietes transportiert würden. MA Neimeier zitiert das Rettungsgesetz. Dieses schreibe vor, der Patient sei stets in das nächstgelegene geeignete Krankenhaus zu befördern. In vielen Fällen sei dies eines der Krankenhäuser im Kreis Coesfeld. Mit der Regelung werde bezweckt, dass die Rettungsmittel schnellstmöglich wieder für einen anderen Einsatz frei würden.

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t
über die 14. Sitzung des
Ausschusses für Umwelt,
öffentliche Sicherheit und Ordnung
am 28.05.2013
TOP 2 öffentlicher Teil
SV-8-0872

**Gebührenerhebung für Amtshandlungen auf dem Gebiet der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung sowie der Fleischhygiene
hier: Betriebsergebnis 2012**

FBL Dr. Scheipers stellt das Betriebsergebnis 2012 in kurzer Form dar.

S.B. Dr. Habersaat weist darauf hin, dass sich die Anzahl der BSE-Tests nahezu verdreifacht habe bei gleichzeitig gesunkenem Aufwand. Die Zahl der Trichinenuntersuchungen bei Wildschweinen sei ebenfalls stark angestiegen. MA Dr. Altepost führt dazu aus, die Notwendigkeit von BSE-Tests richte sich nach dem Alter der Tiere. Bei einer höheren Altersstruktur seien mehr BSE-Tests durchzuführen.

Nachtrag der Verwaltung:

Ursächlich für die nicht prognostizierte hohe Anzahl an BSE-Untersuchungen war vor allem die Steigerung der Rinderschlachtungen (insbesondere ältere Tiere) eines einzelnen Schlachtereibetriebes.

Dass es trotz einer höheren Zahl an BSE-Tests zu einem geringeren Aufwand gekommen sei, ist nicht korrekt. Die für die Sitzungsvorlage gewählte Darstellung ist in diesem Punkt missverständlich. Der Prognosewert für BSE-Tests enthielt pauschal die bei den Tests anfallenden Personalkosten, welche allerdings im Betriebsergebnis für BSE-Tests nicht enthalten sind. Ein Vergleich beider Werte führt demnach zu keinem aussagekräftigen Ergebnis. Die Darstellung des nächsten Betriebsergebnisses (2013) wird entsprechend modifiziert werden.

Hinweis: Die Ermittlung der tatsächlichen Personalkosten für die BSE-Tests hätte für das Betriebsergebnis einen unverhältnismäßigen Aufwand bedeutet, die Personalkosten wurden daher wie in den Vorjahren der allgemeinen Position „Personalkosten“ zugeschlagen. Auswirkungen auf das Gesamtergebnis ergeben sich hierdurch nicht.

Die Zahl der Trichinenuntersuchungen, so MA Dr. Altepost weiter, hänge mit der Zahl der Wildschweinabschüsse sei zusammen. Letztere sei von den Veterinären nicht beeinflussbar. Bezugnehmend auf eine Nachfrage des Ktabg. Schulze Entrup ergänzt MA Dr. Altepost, dem Inverkehrbringer sei es erlaubt, die Tiere nicht am Ort des Abschusses, sondern am Ort des Inverkehrbringens beproben zu lassen. Ob sich hierdurch die Wahrscheinlichkeit des Ausbruchs einer Schweinepest erhöhe, sei nicht bekannt.

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t
über die 14. Sitzung des
Ausschusses für Umwelt,
öffentliche Sicherheit und Ordnung
am 28.05.2013
TOP 3 öffentlicher Teil
SV-8-0893

Bericht über das Betriebsjahr 2012 der kostenrechnenden Einrichtung Abfallwirtschaft

Nach einleitenden Ausführungen von AL Dr. Foppe weist S.B. Dr. Habersaat auf zwei Vorzeichenfehler auf Seite 3 der Sitzungsvorlage hin. Auswirkungen auf das errechnete Betriebsergebnis hätten die Fehler jedoch nicht.

Anm.: Diesem Protokoll ist eine korrigierte Fassung der Seite 3 beigelegt.

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t
über die 14. Sitzung des
Ausschusses für Umwelt,
öffentliche Sicherheit und Ordnung
am 28.05.2013
TOP 4 öffentlicher Teil
SV-8-0871

Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung im Bereich der Abfallwirtschaft; hier: Altmetalle und Elektroaltgeräte

FBL Dr. Scheipers und AL Dr. Foppe stellen die wesentlichen Elemente der geplanten Vereinbarung vor. AL Dr. Foppe betont, die meisten Kommunen hätten bereits eine Unterzeichnung in Aussicht gestellt. Im Kreis Warendorf sei eine vergleichbare Vereinbarung bereits abgeschlossen und ein Sammelsystem etabliert worden.

Ktabg. Wohlgemuth fragt, wie in jenen Kommunen gesammelt werde, die sich der Vereinbarung möglicherweise nicht anschließen würden. AL Dr. Foppe erklärt, dort werde wie bisher über die Wertstoffhöfe gesammelt. Er führt weiter aus, von dem neuen Sammelsystem erhoffe man sich eine erhöhte Abschöpfung von Elektrokleingeräten, die bislang möglicherweise über die Restmülltonne entsorgt würden. FBL Dr. Scheipers verweist auf Schätzungen aus anderen Kreisen mit einem Sammelpotenzial von 1 - 1,5 kg Elektroschrott pro Einwohner.

S.B. Dr. Habersaat weist auf die besondere Entsorgungssituation für die Sammelgruppe 4 (Leuchtstoffröhren, Energiesparlampen etc.) hin. Diese Sammelgruppe sei wie bisher gesondert über Wertstoffhöfe oder den Handel zu entsorgen. Seitens AL Dr. Foppe wird darauf hingewiesen, dass eine Änderung der derzeitigen Erfassungssituation der Sammelgruppe 4 durch die angestrebte öffentlich-rechtliche Vereinbarung auch nicht beabsichtigt sei.

Auf die Anschlussfrage von Ktabg. Wohlgemuth, ob sich die Verkaufserlöse des Elektroschrottes positiv auf die Müllgebühren auswirken würden, erklärt AL Dr. Foppe, dies sei zu erwarten. Alle Erträge, die die bei der WBC entstehenden Kosten übersteigen, würden den Kommunen zu Gute kommen. Wie in puncto Öffentlichkeitsarbeit vorgegangen werde, werde derzeit noch mit den Kommunen abgestimmt.

Ktabg. Dr. Kraneburg interessiert, ob die Verwertung über die Fa. Remondis laufe oder ob es einen Wettbewerb um den Elektroschrott gebe. AL Dr. Foppe erklärt, es erfolge jeweils im Zwei-Jahres-Turnus eine Ausschreibung. Aktuell habe eine andere Firma den Zuschlag erhalten.

Ktabg. Ahrendt-Prinz erkundigt sich, ob das gewerbliche Schrottsammeln in Form des Abfahrens der Wohngebiete noch legal sei. AL Dr. Foppe führt aus, private Sammlungen seien gem. Kreislaufwirtschaftsgesetz seit dem 01.06.2012 anzeigepflichtig. Sie seien nur zulässig, wenn die Abfallwirtschaft dadurch nicht gefährdet werde. Die Zulässigkeit sei im Übrigen abhängig vom Einverständnis der jeweiligen Kommune. Auf Nachfrage von Ktabg. Vogt ergänzt AL Dr. Foppe, es seien etwa 20 Anzeigen für gewerbliche Schrottsammlungen eingegangen. Jede Anzeige müsse einen Fach- und Sachkundenachweis enthalten, ferner müsse die Annahmestelle benannt werden.

FBL Dr. Scheipers ergänzt, Verstöße gegen das Kreislaufwirtschaftsgesetz - wie etwa das unerlaubte Einsammeln von Elektrogeräten durch Schrottsammler - würden konsequent geahndet. Zeugen könnten sich an das örtliche Ordnungsamt oder die untere Abfallbehörde des Kreises Coesfeld wenden.

Beschluss:

Der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Delegation von Aufgaben im Bereich der Sammlung und des Transportes von Altmetallen sowie Elektroaltgeräten, die im Rahmen des kommunalen Anschluss- und Benutzungszwanges anfallen, wird zugestimmt.

Der Übertragung der Aufgaben gemäß der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung auf die Wirtschaftsbetriebe Kreis Coesfeld GmbH wird zugestimmt.

| | |
|----------------------|-----------------------|
| Form der Abstimmung: | offen per Handzeichen |
| Abstimmungsergebnis: | einstimmig |

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t
über die 14. Sitzung des
Ausschusses für Umwelt,
öffentliche Sicherheit und Ordnung
am 28.05.2013
TOP 5 öffentlicher Teil
SV-8-0900

Das Kulturlandschaftsprogramm (KULAP) des Kreises Coesfeld

AL Dr. Foppe skizziert die wesentlichen Eckpunkte des Kulturlandschaftsprogramms.

Ktabg. Dr. Kraneburg bedauert, der Vertragsnaturschutz sei in den vergangenen Jahren zunehmend zusammengebrochen. Wertvolle Flächen seien umgepflügt worden und dadurch verloren gegangen. Die Finanzmittel für das Programm seien viel zu gering.

AL Dr. Foppe erklärt, die Förderung umfasse neben dem Kreisanteil einen weitaus bedeutungsvolleren Landesanteil. Im Jahr 2012 seien insgesamt mehr als 70.000 € an Fördergeldern geflossen.

Beschluss:

Für die Umsetzung des Kreiskulturlandschaftsprogrammes (KULAP) wird im Rahmen der jeweiligen Haushaltsplanberatungen für die nächsten fünf Jahre ein Anteil aus Kreismitteln zwischen 10.000 bis 15.000 Euro/Jahr bereitgestellt.

Form der Abstimmung: offen per Handzeichen
Abstimmungsergebnis: einstimmig

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t
über die 14. Sitzung des
Ausschusses für Umwelt,
öffentliche Sicherheit und Ordnung
am 28.05.2013
TOP 6 öffentlicher Teil
SV-8-0904

Berichtsanhörungen zu den Themen:

- **Genehmigungsverfahren Tierhaltung**
- **Biozidbelastung der Gewässer**
- **Aktivitäten zum Erhalt der Artenvielfalt**

Ktabg. Dr. Kraneburg erläutert seinen Vorschlag zur Tagesordnung und den in seiner der Sitzungsvorlage beigefügten E-Mail angekündigten Beratungsbedarf seiner Fraktion, insbesondere zu dem Aspekt Tierhaltung. Er nimmt Bezug zur letzten Ausschusssitzung am 21.02.2013. Im Verhältnis zu den vom Land NRW veröffentlichten Tierzahlen ließen sich anhand der Meldungen der Tierseuchenkasse aktuellere und realistischere Werte ermitteln. Mit den ihm vorliegenden Tierzahlen der Tierseuchenkasse aus 2012 habe er eigene und gegenüber der Handreichung aus der Sitzung vom 21.02.2013 korrigierte Berechnungen zu den Großvieheinheiten im Kreis Coesfeld durchgeführt.

Anm.: Die vor Sitzungsbeginn von Herrn Dr. Kraneburg verteilte Handreichung ist diesem Protokoll als Anlage beigefügt.

FBL Dr. Scheipers sichert zu, die begehrten Informationen zu den Tierzahlen, die für 2011 und 2012 schon in der Februarsitzung bzw. im Mai des Vorjahres gegeben worden seien, - nunmehr ergänzt um die nun eigens noch einmal stichtagsbezogen für 2010 ermittelten Genehmigungszahlen - mit dem Protokoll zur Verfügung zu stellen. Zur Unmöglichkeit, reale Tierplatzzuwächse bei baurechtlich genehmigten Ställen zu ermitteln, habe er ebenfalls bereits im Februar vorgetragen. Ktabg. Dr. Kraneburg bestätigt dies, betont aber, dass allein der Zuwachs der in den letzten drei Jahren immissionsschutzrechtlich genehmigten Mastplätze für Geflügel von fast 1.000.000 Plätzen und Schweinen von etwa 100.000 Plätzen besorgniserregend sei. Bei diesem Thema werde er nicht ruhen. Vorsitzender Dr. Wenning fragt die Ausschusssmitglieder, ob nun noch weitere Beratung des Aspekts Tierplatzzahlen gewünscht werde. Dies ist nicht der Fall.

Anm.: Der Bericht der Kreisverwaltung ist als Anlage beigefügt.

Angaben zur weiterhin angefragten Biozidbelastung seien nach Auskunft von AL Dr. Foppe erst möglich, sobald der bereits angekündigte Biozid-Bericht vom Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz vorliege.

Bezugnehmend auf das Thema Blühstreifen appelliert Ktabg. Dr. Kraneburg abschließend an die Wasser- und Bodenverbände und an die Landwirte für eine spätere und etappenweise Mahd. Insbesondere wenn das Mahdgut nicht verwendet würde, sollte die Mahd erst nach der Blüte stattfinden. Vorsitzender Dr. Wenning schließt sich im Namen aller Fraktionen dem Appell an.

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t
über die 14. Sitzung des
Ausschusses für Umwelt,
öffentliche Sicherheit und Ordnung
am 28.05.2013
TOP 8 öffentlicher Teil

Anfragen der Ausschussmitglieder

Ktabg. Schmitz fragt, ob Ersatzpflanzungen für Bauvorhaben überwacht würden. Er habe wiederholt beobachtet, dass Ersatzpflanzungen nicht angegangen seien. AL Dr. Foppe erklärt, es finde eine Kontrolle statt. Bei ca. 1.000 Maßnahmen pro Jahr sei die Kontrolle aber stets nur im Rahmen der personellen Ressourcen zu bewerkstelligen.

Ktabg. Wohlgemuth fragt, ob nicht Ökopunkte ohnehin das effektivere Mittel seien. AL Dr. Foppe führt aus, Landwirte verfügten in der Regel über ausreichend Flächen, auf denen Ersatzmaßnahmen möglich seien. Das Gesetz fordere im Übrigen zunächst Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen vor Ort, wo immer dies möglich und sinnvoll sei. Anders gelagert sei dies etwa bei Windenergieanlagen. Nach dem Entwurf der Bundeskompensationsverordnung sei für Windkraftanlagen in der Regel eine Ersatzgeldlösung vorgesehen, da Bauwerke mit einer Höhe von mehr als 20 m nicht durch Anpflanzungen auszugleichen seien.

Dr. Wenning
Ausschussvorsitzender

Flinkert
Schriftführer